

„Wirtschaftswunder“ ...

(Fortsetzung von Seite 5)

betonte deren Fraktionssprecherin Gisela Nacken. Von der Forderungsseite her sei er im Prinzip erfüllt. Für sie sei immer schon klar gewesen, daß dieser Antrag der CDU nur dazu diene, eine Reise des Ministerpräsidenten hier im Parlament zu thematisieren. Das Hauptproblem sei, daß auf Bundesebene das gesellschaftliche Klima nicht da sei, zu einer solchen konsensualen Anstrengung wie in den Niederlanden zu kommen. Frau Nacken erinnerte an das Bündnis für Arbeit, das vom Bundeskanzler zu Fall gebracht worden sei und nicht von den Gewerkschaften.

Frau Hieronymi griff die Initiativen im Bundesrat auf. Sie hätten den Sinn, die bisherige Blockadehaltung des Bundesrates aufzubrechen, um überhaupt zu Ergebnissen zu kommen. Auch der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Lothar Hegemann (CDU) meinte, wenn der Ministerpräsident dieses Landes im Landtag von NRW erkläre, man

könne viel von den Niederländern lernen, dann hätte der Abgeordnete Grätz den Zwischenruf machen müssen: „Das müssen Sie im Bundesrat erzählen und nicht hier, wir haben keinen Handlungsspielraum!“ Hegemann machte klar, wenn man nach Gesprächen und Anhörungen auch zu dem Ergebnis komme, das Modell in den Niederlanden sei interessant, aber nicht kopierbar, müsse man dennoch an dieses Modell, zum Beispiel an den Vertrag von Wassenaar herangehen, der für ihn nicht viel mehr als ein Bündnis für Arbeit beinhalte. 1982 in Wassenaar sei ein ganz anderer Ausgangspunkt gewesen, als es der Abgeordnete Grätz mit der „geistig moralischen Wende“ beschrieben habe.

Der Abgeordnete Wolfram Kuschke (SPD) erinnerte anhand von zwei Beispielen daran, daß die Landesregierung initiativ im Bundesrat gewesen sei. Er nannte die Flexibilisierung im Bereich der Altersteilzeit „abgeschmettert von Ihrer Mehrheit im Bundesrat“. Das zweite, wo man versucht habe, ein anderes Arbeitsstruktur- und -förderungs-

gesetz auf den Weg zu bringen, sei ebenfalls von Bundestag und Bundesregierung abgeschmettert worden. Reinhard Grätz meldete sich noch einmal zu Wort: „Man merkt, das Stichwort ‚geistig moralische Wende‘ tut weh, tut sehr weh.“ Das sei für ihn ein Fingerzeig, daß man es öfter gebrauchen müsse, um bestimmte Tatbestände in Erinnerung zu rufen. Er sage nicht allein im Scherz, das wäre vielleicht eine Initiative im Bundesrat wert, einmal abzufragen, was denn aus der „geistig moralischen Wende“ in diesem Lande geworden sei. Die Antwort werde sicher sehr kärglich ausfallen.

Zum Schluß meldete sich die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Ruth Hieronymi noch einmal zu Wort und sagte: „Das, was wir hier beantragt haben, darzulegen, welche Initiativen die Landesregierung nach den Erkenntnissen des Ministerpräsidenten im Bundesrat einzubringen bereit ist, das ist gerade die notwendige Offenheit, die wir brauchen, wenn wir tatsächlich traditionelle Gräben überspringen wollen im Interesse der Menschen.“

Haushaltsberatungen abgeschlossen

Der Hauptausschuß hat die Beratungen über die in seine Zuständigkeit fallenden Einzelpläne des Haushalts 1998 abgeschlossen und die Etats des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei, der Landeszentrale für politische Bildung aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Schule und Weiterbildung, des Kapitels Medien aus dem Geschäftsbereich des Wirtschaftsministeriums sowie den Einzelplan des Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten mit der Mehrheit der Koalition verabschiedet.

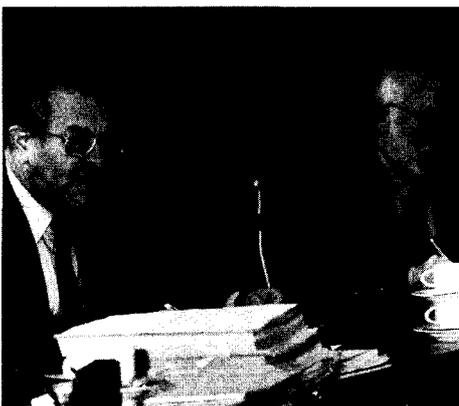
Beim Einzelplan des Landtags enthielt sich die CDU der Stimme. Vor der Abstimmung über diesen Einzelplan 01 gab CDU-Sprecherin Ruth Hieronymi für die CDU-Fraktion, die wesentliche Fragen in Zusammenhang mit ProKom nicht geklärt sah, eine Erklärung ab. Es handele sich um die Zuordnung des Aufgabenbereichs Controlling in der Landtagsverwaltung und um die Frage, wie der gewünschte neue Gutachter- und Beratungsdienst organisiert werden solle. Die Sprecherin kündigte Zustimmung bei der dritten Lesung an, sofern die für die Arbeit der Landtagsverwaltung grundsätzliche

Fragestellung abschließend geklärt werde. Beim Aufruf des Antrags von SPD und GRÜNEN, den Titel „Geldgeschenke aus Anlaß von Jubiläen und Mehrlingsgeburten sowie Belohnungen für Rettungen aus Lebensgefahr“ um 1,8 Millionen auf 744.000 Mark zu senken, kamen Emotionen ins Spiel. Frau Hieronymi meinte, man solle lieber bei der Öffentlichkeitsarbeit des Ministerpräsidenten kürzen, aber bitte nicht bei Leistungen an Menschen, die in ihrem Leben Besonderes geleistet hätten. Auch der GRÜNE-Fraktionssprecher Roland Appel schloß sich an. Natürlich habe seine Vorrednerin recht. Aber die Zeiten seien schwierig. Der SPD-Abgeordnete Norbert Burger berichtete von seinen Erfahrungen als Kölner Oberbürgermeister. Man habe alle Zuwendungen u. a. bei Goldenen Hochzeiten abschaffen müssen, „weil einfach kein Geld mehr da ist in Köln“. Burger räumte ein, daß da ein merkwürdiger Eindruck bei den Leuten entstehe. Zu den Sparzwängen meinte er: „Das hat uns alles wahnsinnig leid getan.“ Allerdings habe sich — nachkriegsbedingt — die Zahl der Goldenen Hochzeiten in den letzten zwei Jahren auch verdreifacht. „Deshalb mußten wir das abschaffen. Wir haben das blutenden Herzens gemacht.“ Der CDU rief er, mit Blick nach Bonn, zu: „Machen Sie eine vernünftige Familienpolitik.“ Er gestand ein, es sei eine schwere Entscheidung gewesen. Aber man

CDU-Landtagsfraktion wählt Vorstand neu: Dr. Linssen bestätigt

Die CDU-Landtagsfraktion hat ihren Vorstand neu gewählt. Bei den Vorstandswahlen wurde Dr. Helmut Linssen als Fraktionsvorsitzender bestätigt. Er erhielt 69 von 88 abgegebenen Stimmen bei 17 Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen. Als stellvertretende Fraktionsvorsitzende wiedergewählt wurden Hermann-Josef Arentz (57 Stimmen), Eckhard Uhlenberg (57 Stimmen), Herbert Reul (52 Stimmen), Lothar Hegemann (46 Stimmen/3. Wahlgang) und Regina van Dinther (39 Stimmen/3. Wahlgang). Neuer stellvertretender Fraktionsvorsitzender wurde Laurenz Meyer (42 Stimmen/3. Wahlgang). Der Parlamentarische Geschäftsführer Heinz Hardt sowie die Arbeitskreisvorsitzenden wurden alle wiedergewählt.

könne das nur im Einklang begründen und deshalb sei dieser Antrag der Koalition gerechtfertigt.



Das Beispiel Niederlande: v. l. Reinhard Grätz und Wolfram Kuschke (beide SPD), Karin Jung (SPD) und Gisela Nacken (GRÜNE) sowie Lothar Hegemann und Werner Jostmeier (beide CDU).
Fotos: Schälte